

MOBILE STADT

Bus und Bahn fahren kann man in Tübingen, wie hier auf der Neckarbrücke, bald gratis - so will es jedenfalls der Oberbürgermeister (rechts)



TÜBINGEN TUT ES

Wie können wir das Klimaschutzziel von Paris noch erreichen? Die Stadt Tübingen macht Ernst und will schon bis 2030 klimaneutral werden – angetrieben von Jugendprotesten und ihrem exzentrischen Bürgermeister Boris Palmer. Unser Autor hat ihn ein Jahr lang begleitet



Text Martin Theis Fotos Anne-Sophie Stolz

Mit einer Weltkugel aus Pappmaschee und einem Bollerwagen voll Grünpflanzen kommt eine Mini-Demo über das Kopfsteinpflaster des Tübinger Marktplatzes gerumpelt. Der Gemeinderat soll an diesem Novembertag am Ende des turbulenten Jahres 2020 seinen Teil zur Weltrettung beschließen. Vor dem Rathaus mit der verschnörkelten Barockfassade eröffnet Oberbürgermeister Boris Palmer aber erst mal noch eine Corona-Teststation. Er trägt seinen blauen Anzug zur FFP2-Maske und grüßt die Demonstrierenden von Weitem mit ausgestrecktem Daumen. Klimaprotest funktioniert in dem schwäbischen Universitätsstädtchen etwas anders als anderswo. Hier sind Rebellion und Regierung sich beinahe einig – auch wenn die Argumente sich zuweilen unterscheiden.

„Uns geht es beim Klimaschutz um fundamentale Werte, um Gerechtigkeit und Menschenrechte“, sagt Anneke Martens von Fridays for Future. „Boris Palmer hat einen pragmatischen Ansatz, er sieht Klimaschutz als eine Art Zukunftsversicherung.“ Dass ihr Oberbürgermeister sich immer wieder auf polemische bis missverständliche Weise in Debatten um Migration einmischte – und dafür oft auch Applaus von Rechten bekommt – ärgert sie. Zugleich ist sie froh, dass er seit Amtsantritt den Klimaschutz vorantreibt, nun auch Ideen von Fridays for Future aufgreift

und heute Abend im Rathaus das ambitionierteste Klimaschutzprogramm Deutschlands auf den Weg bringen will.

Tübingen versucht, woran die Staaten der Erde scheitern: Schon bis 2030, so wie es die Physik der Klimakrise erfordert, will es aus fossilen Brennstoffen aussteigen und klimaneutral werden. Dazu müssten die energiebedingten Emissionen von 89.000 Menschen, von Uni, Gewerbe und Industrie auf Null sinken. Jedes Kilogramm CO₂, das die Stadt noch ausstößt, müsste sie an anderer Stelle gutmachen, etwa durch den Verkauf von Ökostromüberschüssen oder die Aufforstung städtischer Waldgebiete.

Der Startschuss für Tübingens Ökovicision fällt im Sommer 2019. Die örtliche Fridays-for-Future-Gruppe befragt vor der Gemeinderatswahl, unter dem Eindruck von Klimastreiks und Dürren, die Parteien. Überraschend und etwas leichtfertig stimmen alle für die von den jungen Leuten vorgeschlagene kommunale Klimaneutralität bis 2030, auch die konservative Tübinger Liste und die CDU. Palmer wittert die Chance, seinen politischen Lebensraum zu verwirklichen. Er lässt die Stabsstelle für Umwelt- und Klimaschutz umgehend einen Maßnahmenkatalog ausarbeiten.

In seiner Neujahrsrede 2020 präsentiert der Oberbürgermeister seinen Plan für die radikale Energiewende der Öffentlichkeit. Mit

WIRKSAMER PROTEST

Die jungen Leute von Fridays for Future haben die Tübinger Energiewende angestoßen. Nun wollen sie aufpassen, dass die Politik ihre Zusagen einhält





AMBITIONIERTE ARCHITEKTUR

Im Vorzeigeviertel am Güterbahnhof gelten höchste Ökostandards. Lebende Wände sollen in einem der Gebäude das Raumklima verbessern

goldener Amtskette betritt er die Bühne des Festsaals, hinter ihm ein Jugendorchester. „Uns ist schon etwas schummrig geworden, als wir das durchdekliniert haben“, sagt der studierte Mathematiker ins Mikrofon. Deutschland und die EU wollen sich mit der Klimaneutralität zwanzig Jahre länger Zeit lassen – und haben trotz technologischer Fortschritte größte Mühe, ihre Zwischenziele einzuhalten. Auch finanziell läuft es auf einen beispiellosen Kraftakt hinaus. Rund eine Milliarde Euro muss Tübingen investieren.

„Es braucht Vorbilder“, erklärt Palmer den tausend Gästen. „Menschen, Firmen und Organisationen, die zeigen, dass es geht.“ Die Dimension der Aufgabe vergleicht er mit der Mondmission, die US-Präsident Kennedy 1962 ankündigte und in nur zehn Jahren umsetzen wollte. „Obwohl das fast undenkbar erschien und die Kosten exorbitant waren, gelang es den Amerikanern.“ Palmer blickt durch die Reihen. „Ich glaube, nur mit einem solchen Geist lässt sich die gewaltige Transformation angehen, die ich Ihnen jetzt schildern werde.“

Eine Stadt muss sich neu erfinden

Noch stößt Tübingen jährlich eine halbe Million Tonnen CO₂ aus, das entspricht 5000 mit Heizöl gefüllten Tankwagen. Rund die Hälfte davon entfällt auf die Wärmeversorgung, dreißig Prozent auf Strom, zwanzig auf den Verkehr. Die Klimaneutralität in jedem dieser drei Bereiche zu erreichen ist ein Großprojekt für sich.

Am klarsten vorgezeichnet ist der Pfad zum grünen Strom. Auf weiteren zwei Millionen Quadratmetern öffentlicher und privater Dachfläche soll Fotovoltaik installiert werden – das entspricht 300 Fußballfeldern. Bei Neubauten werden die Anlagen Pflicht. Außerdem sollen auf dem Gemeindegebiet zehn Windräder errichtet werden. Proteste sind absehbar, doch Boris Palmer sieht keine Alternative. Aber auch in einen Solarpark in Bayern hat die Stadt jüngst investiert. Die freien Flächen im Stadtgebiet werden nämlich trotz aller Anstrengungen nicht ausreichen, um Tübingens Strombedarf zu decken – der sogar noch steigt, wenn vermehrt elektrisch gefahren und geheizt wird.

Die Wärmewende ist technologisch die größte Herausforderung. Noch werden Häuser, Fabriken, Kliniken und Universität überwiegend mit Gas und Öl beheizt. In Zukunft sollen Wärmepumpen sowie Fernwärme aus einem Holzkraftwerk und Solarthermiefeldern am Stadtrand in gut gedämmten Gebäuden für wohlige Temperaturen sorgen. Kuschelig wird es bei der Umstellung aber kaum zugehen, denn Palmer will Ölheizungen verbieten und die Eigentümer zum Austausch zwingen. Für einige der geplanten Maßnahmen, auch eine geplante Fotovoltaikpflicht für Bestandsgebäude, braucht die Stadt Sonderbefugnisse. Dafür will sie beim Land Baden-Württemberg und beim Bund den Status einer „Klimamodellkommune“ beantragen. Tübingen wäre die Erste ihrer Art.

Ein noch größeres Konfliktpotenzial steckt wohl im dritten Sektor – dem Verkehr. Die Tage des Autos als Hauptverkehrsmittel sind für Palmer gezählt. Busse und Bahnen soll man dafür



RADFREUNDLICHER BRÜCKENSCHLAG

Tübingen plant ein lückenloses Superradwegenetz mit extrabreiten Spuren zum Überholen, Auf- und Abfahrten wie auf der Autobahn und drei neuen Brücken – die über das Flüsschen Steinlach ist bereits im Bau

künftig kostenlos nutzen dürfen. Eine lange geplante Regionalstadtbahn, die das Umland anbindet, will er nun auch durch die Innenstadt führen, was Großbaustellen und Kosten von 250 Millionen Euro mit sich bringen würde. Die Stadt hofft auf Fördergelder von Bund und Land, genauso wie fürs neue Radwegenetz: Vier Meter breite Schnellstraßen und eigene Brücken sollen ermöglichen, dass man in Tübingen mit dem Fahrrad – ob zum Strampeln oder mit Elektromotor – schneller unterwegs ist als mit jedem anderen Verkehrsmittel. Auch die Stadtbusse werden künftig elektrisch fahren, ebenso wie die tausend Carsharing-Autos, die in Kooperation mit regionalen Unternehmen angeschafft werden sollen. Das Ziel: die Bürgerinnen und Bürger dazu zu bringen, 15.000 private Pkws auszurangieren, zusätzlich motiviert durch eine höhere Parkgebühr für Anwohnende. Sie soll zwar weiterhin dreißig Euro betragen – aber nicht mehr pro Jahr, sondern pro Monat. Spätestens hier hört für viele der Spaß auf.

Nachdem Palmer in der Neujahrsansprache seinen Masterplan umrissen hat, diskutieren die Gäste in den marmornen Hallen vor dem Festsaal über die großen Pläne ihrer kleinen Stadt. Ist der Oberbürgermeister nun großwahnsinnig geworden

oder einfach seiner Zeit voraus? Woher die Milliarde Euro zur Umsetzung kommen soll, ist noch völlig unklar.

Erfolg und Zumutung

Zwei Wochen später sitzt Boris Palmer an seinem Schreibtisch im Rathaus. Von hier aus sieht er die Stelle des Marktplatzes, an der er als Kind mit seinem Vater regionales Obst verkaufte. Von ihm hat er das Umweltbewusstsein geerbt und den Hang zur Polemik. „Regelmäßig jagte mein Vater Leute davon, die nach Plastiktüten oder Südfrüchten fragten“, sagt er schmunzelnd. Der „Remstal-Rebell“ schimpfte am Marktstand auf Altnazis und die Autoritäten in den Rathäusern – und trat als Parteiloser selbst zu 289 Bürgermeisterwahlen in der Region an. Wegen Beamtenbeleidigung musste der alte Palmer ins Gefängnis, wo der Sohn ihn besuchte. Boris Palmer ist wie der sprichwörtliche Apfel auf einer schwäbischen Streuobstwiese, der nicht weit vom knorrigem Stamm fällt.

Palmer ist längst auf der anderen Seite des Marktplatzes angekommen, im Zentrum kommunaler Macht. Im Jahr 2007

wurde er mit nur 35 Jahren Oberbürgermeister und vertritt den Klimaschutz seitdem so wie alle seine Positionen: ohne Rücksicht auf Verluste. Er schaffte nach seiner Wahl den Dienstwagen ab und bewegte sich fortan mit dem E-Bike durch die Stadt. „Es gibt kein Recht auf schlechte Gewohnheiten“, sagt Palmer.

Bereits im Jahr 2008 startete er mit „Tübingen macht blau“ das erste umfassende Klimaschutzprogramm. Die Stadt ließ etwa die Gebäude der eigenen Wohnungsgesellschaft energetisch sanieren und trieb den Ausbau der Erneuerbaren voran. So konnte sie ihre Emissionen um ein Drittel senken und wurde dafür international mehrfach ausgezeichnet. Doch das erste Drittel auf dem Weg zur Klimaneutralität ist vergleichsweise einfach.

Einige der nun geplanten Maßnahmen sorgen auf Facebook und in den Leserbriefspalten der Regionalzeitung für Empörung. Wie viele Eingriffe in den Alltag der Menschen verträgt die Demokratie? „Oft ist das, was als Einschnitt empfunden wird, nur eine faire Umlage der Kosten“, sagt Palmer. „Höhere Parkgebühren bedeuten lediglich, dass wir die Subventionierung von Autostellplätzen abschaffen.“ Anders als Fridays for Future strebt er keinen Systemwechsel an. Wenn jeder selbst für die Kosten seines Handelns aufkommen müsste, glaubt er, sei die Klimakrise in einer freien Marktwirtschaft in den Griff zu bekommen. Tübingen wird zum Versuchsfeld für einen grüneren Kapitalismus.

Die Stadt hatte geplant, 2020 zu einem Jahr der Workshops und Diskussionen zu machen. Im April stimmen die Bürgerinnen und Bürger per Tübingen-App noch über die Sperrung einer der Hauptverkehrsadern für Autos ab – eine knappe Mehrheit ist dagegen. Dann kommt Corona, die Zeit der Zoomkonferenzen und Hamsterkäufe. Die Tübinger Pharmafirma Curevac liegt im globalen Wettrennen um Impfstoffe mit vorn – und der Oberbürgermeister wettet gegen die Lockdownpolitik der Bundesregierung. Im Sat.1-Frühstücksfernsehen sagt er wieder so einen Palmer-Satz: „Wir retten in Deutschland möglicherweise Menschen, die in einem halben Jahr sowieso tot wären, aufgrund ihres Alters und ihrer Vorerkrankungen.“ Man müsse zwischen Nutzen und Nebenwirkungen der Coronamaßnahmen abwägen, will er sagen, doch im losbrechenden Shitstorm gehen seine Argumente unter.

Auch Palmers Parteikollegen melden sich zu Wort. Stuttgarts grüner Noch-Bürgermeister Fritz Kuhn nennt die Aussage „sozialdarwinistisch“. Parteichef Robert Habeck erklärt, seine Geduld mit dem Boris sei endgültig erschöpft. Bundes-, Landes- und Kreisvorstand der Grünen entziehen ihm die Unterstützung für die nächste Wahl. Am Ende seiner zweiten achtjährigen Amtszeit im Jahr 2022 wird Boris Palmer wohl gegen einen anderen grünen Kandidaten antreten müssen.

Tübingen wird zum Versuchsfeld für einen grüneren Kapitalismus

Auch Asli Küçük, eine der beiden Vorsitzenden der größten Gemeinderatsfraktion AL/Grüne, bedauert, dass der Oberbürgermeister immer wieder mit problematischen Aussagen in die Schlagzeilen gerät. In besonders schlechter Erinnerung ist ihr ein Facebook-Kommentar von 2019, in dem er den seiner Ansicht nach zu geringen Anteil weißer Menschen in einer Bahnwerbung bemängelte. Mit solchen Äußerungen erfülle er seine Vorbildrolle nicht und spalte die Stadtgesellschaft. „Ansonsten muss ich als Stadträtin natürlich inhaltlich mit ihm zusammenarbeiten“, sagt sie. „Als Finanz- und Klimapolitiker ist er sehr innovativ.“ Nach seinem Amtsantritt 2007 seien die Tübinger Treibhausgasemissionen gesunken, während die Gewerbesteuererinnahmen stiegen – von rund 15 Millionen auf über 50 Millionen Euro jährlich.

Innovativ ist auch, was in Tübingen bereits zu sehen ist. Auf dem Gelände eines ehemaligen Güterbahnhofs ist ein Musterviertel entstanden, an dem sich die klimaneutrale Zukunft schon heute ablesen lässt: Die blockigen Mehrfamilienhäuser, viele davon in Holzbauweise, erfüllen höchste Energiestandards, alle werden ans Wärmenetz angeschlossen und müssen es auch nutzen. Die Wärme soll aus einer Solarthermieanlage auf einem nahen Acker kommen, in der mithilfe der Sonne Wasser erwärmt wird. Außerdem sind auf dem Güterbahnhofsareal Fotovoltaikanlagen Pflicht. Die Landesregierung in Stuttgart hat den Solarstromzwang zumindest für alle neuen Gewerbebauten bereits übernommen.

Bernd Schott, Allwetterradfahrer und Leiter der städtischen Stabsstelle für Umwelt- und Klimaschutz, schwingt sich vom Fahrradsattel. „Hier zeigt sich, was eine Kommune erreichen kann, wenn sie mit Bauherren hart verhandelt“, sagt er. Der Schlüssel zum Erfolg habe darin gelegen, erklärt er, dass die Stadt sich früh



KRITISCHE KOLLEGIN
Grünen-Fraktionsvorsitzende Asli Küçük
stützt trotz Zwiſt Palmers Klimakurs

eingemischt habe: Das Gebiet gehörte der Bahn-Tochter Aurelis. Die Stadt signalisierte, Baugenehmigungen nur zu erteilen, wenn Aurelis die Klimaschutzauflagen – Niedrigenergiestandard, Fotovoltaik und Fernwärme – gegenüber den Bauherren bereits in den Kaufverträgen festhält. Außerdem sollten ein Drittel der Wohnungen Sozialwohnungen sein. „Im Gegenzug hat die Stadt eine dichte Bebauung und Nutzung zugelassen. So blieben die Projekte für Investoren wirtschaftlich.“

Schott, ein unprätentiöser Mann im Kapuzenpulli, ist einer der Architekten des neuen Klimaschutzplans. Für den Maßnahmenkatalog nahm er das Ziel des Übereinkommens von Paris als Maßstab: Im Jahr 2015 haben sich dort 195 Staaten darauf geeinigt, die Erderwärmung deutlich unter zwei Grad zu halten und möglichst auf 1,5 Grad zu begrenzen. Derzeit steuert die Weltgemeinschaft laut einem UN-Bericht allerdings auf mehr als drei Grad Erwärmung zu – mit katastrophalen Folgen für Ökosysteme, Wirtschaft und Menschen. Klimaforscher haben das verbleibende CO₂-Budget für Deutschland kalkuliert. „Und daraus haben wir die Verantwortung unserer Stadt berechnet“, erklärt Bernd Schott. Insgesamt darf Tübingen, gemessen an seiner Einwohner-

zahl und dem Pariser Klimaziel, nur noch rund 6,8 Millionen Tonnen CO₂ ausstoßen. Doch reichen die geplanten Maßnahmen, um die Netto-Emissionen wirklich auf Null zu senken?

Allein aus eigener Kraft geht es nicht

Das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie hat im Auftrag von Fridays for Future einen möglichen Pfad zur Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels erarbeitet und die technische Machbarkeit der nötigen Schritte ausgelotet. Steven März, einer der Autoren, forscht seit mehr als zehn Jahren zur klimagerechten Stadtentwicklung. Für ihn haben sich die Tübinger mit der Klimaneutralität bis 2030 ein extrem ambitioniertes Ziel gesteckt. Dass die Stadt sich selbst gestattet, Ökostrom auf externen Flächen zu erzeugen, erhöhe ihre Chancen zwar wesentlich. Ganz aus eigener Kraft könne die Kommune es dennoch nicht schaffen.

„Das hängt letztlich auch von Entscheidungen auf Bundesebene ab“, sagt März. Die Macher des Tübinger Klimaplanes schätzen, dass für das letzte Viertel der Wegstrecke zur Nullemission der

VISIONÄRER PLANER

Der Umweltbeauftragte Bernd Schott, hier vor dem Güterbahnhofsareal, ist Architekt des Klimaplanes. Nun kann er sich vor Anfragen aus anderen Kommunen kaum retten



Status einer Klimamodellkommune nötig wird – was eben ein Verbot von Ölheizungen und andere Schritte ermöglichen würde, die sonst rechtlich kaum durchsetzbar wären.

März bestätigt, wie wichtig solche verpflichtenden Regelungen sind, vor allem im Gebäudebereich, der im Schnitt ein Viertel bis ein Drittel der Emissionen einer Stadt ausmache. Um das Ziel zu schaffen, müsste in Tübingen beinahe jedes Haus bis in zehn Jahren energetisch saniert sein. Das Einsparungspotenzial ist enorm, doch im Gegensatz etwa zum Verkehr ist der Spielraum der Kommune hier begrenzt. „Die Stadt müsste jeden einzelnen Vermieter überzeugen“, sagt März. „Das ist in dieser Zeit allein durch Anreize kaum zu schaffen.“ Mit einer staatlichen Sanierungspflicht sowie angemessener CO₂-Bepreisung hingegen würden Vermieter und Mieter gleichermaßen zum Energiesparen veranlasst. Doch von derart konsequenten Schritten, die für Hausbesitzer nicht rentabel wären, ist die Bundesregierung noch weit entfernt.

Grüne Risse und ein Happy End

An einem Tag im zu warmen Herbst tritt Boris Palmer durch den Seitenausgang des Rathauses in die schattige Altstadt. Er steigt die steile Treppe zwischen zwei Fachwerkhäusern hinauf in Richtung Schloss, wo er mittags Licht und Luft tankt, wenn sich das Rathaus am Nordhang schon verdunkelt. Die Debatte um seinen Skandalsatz im Frühstücksfernsehen hat nicht nur den Riss zwischen ihm und seiner Partei vertieft. „Ich habe so viele Morddrohungen bekommen wie noch nie“, sagt Palmer. Die Staatsanwaltschaft habe in der Sache rund 180 Strafverfahren eröffnet. Zeitweise sorgte der Staatsschutz für seine Sicherheit.

Trotz allem fragt sich Palmer, warum sich die Grünen so ausdauernd an seiner Person abarbeiten, anstatt endlich effiziente Klimapolitik zu machen. „Ich bin ihnen in der Umsetzung weit voraus“, sagt er mit Blick auf die Altstadt und das Güterbahnhofsareal jenseits des Neckars. All die Debatten im Zeichen „politischer Korrektheit“, wie er es nennt, haben ihn von seiner Partei



DIGITALE DEBATTE

Im Coronajahr verlief nicht alles nach Plan. Dennoch stimmten am Ende alle Fraktionen für die Klimaneutralität bis 2030

entfremdet. Auch er sei für die Homöe und gegen Nazis – aber nicht den Grünen beigetreten, um diese Fragen zu ventilieren. „Mit dem Thema Klimaschutz konntest Du auf den Parteitag in den letzten Jahren keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervorlocken“, sagt er.

Haben die Grünen es also verpasst, den gesellschaftlichen Schwung durch die Massenproteste der Klimabewegung mitzunehmen? Ausgerechnet im grün regierten Baden-Württemberg hat sich das neue Bündnis Klimaliste als Erstes zu einer Partei formiert und tritt für die Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels zur nächsten Landtagswahl an. Sie könnte die Regierung um den Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann am Ende entscheidende Stimmen kosten. „Wenn die Partei nicht bald Ernst macht, droht ihr die Spaltung“, sagt Palmer.

Auch die Einigkeit im Tübinger Rathaus trägt. Gegen

den Bau der Innenstadtbahn für die geplante Regionalstadtbahn hat sich gerade eine Bürgerinitiative formiert. Umfragen zeigen, dass Bürgerinnen und Bürger vor allem jene Maßnahmen befürworten, von denen sie kaum betroffen sind. Und zwischen den Parteien, die alle das Ziel befürworten, dürfte über die einzelnen Schritte, über deren Gewichtung und Finanzierung in den kommenden Monaten heftig gestritten werden. Wesentliche Maßnahmen haben sie bereits mit Änderungswünschen und Prüfanträgen zur Wirtschaftlichkeit überzogen. Klar ist bereits, dass die monatlichen Parkgebühren erst einmal zehn statt dreißig Euro betragen.

Palmer sieht das gelassen. Schließlich gebe es dank der starken Grünenfraktion immer noch eine Mehrheit für konsequenten Klimaschutz. Und die kritischen Fraktionen könnten fortan immer an ihre grundsätzliche Zustimmung erinnert werden: „Wir lassen ihnen keinen Ausweg mehr“, sagt er.

Am Abend der entscheidenden Abstimmung haben sich wegen der Abstandsregeln nur wenige Mitglieder des Gemeinderats persönlich im historischen Ratssaal eingefunden. Die meisten, auch Palmer, sind per Videochat zugeschaltet. Um kurz vor zwanzig Uhr stimmen sie schließlich für die Vorlage 11ee/2020, den Tübinger Klimapakt – ohne Gegenstimmen, bei einer Enthaltung.

Vom Marktplatz brandet Jubel durch die offenen Fenster. ●